

## Hitlers Opfer in großer Sorge



Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

### Themen in dieser Ausgabe:

- SPD-Bundesparteitag ...!
- Verarmung ...!
- Eurokrise ...!
- XXL-Aufschwung ...!
- Löhne rauf ...!
- Gehirnwäsche ...!
- Demokratie ...!
- Geisterfahrt ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

### IN DIESER AUSGABE:

Zum SPD-Bundesparteitag 2011	2
Die Verarmung wird überhaupt nicht wahrgenommen	2
Eurokrise - Die Löhne müssen rauf	2
XXL-Aufschwung	2
Rudolf Hickel - Löhne rauf!	2
Unsere tägliche Gehirnwäsche gib uns heute - Trash-TV und die Folgen	3
Harald Welzer - Demokratie? Bin ich nicht für zuständig	3
Sahra Wagenknecht: Merkels Geisterfahrt	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Mit einem Offenen Brief ruft das Auschwitz-Komitee der Bundesrepublik Deutschland Bundespräsident, Bundesregierung und Bundestag zum endlichen Handeln gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus auf.

Während Regierung und Parlament sich lediglich »beschämt« über die jüngste neonazistische Mordserie äußern, sind ehemalige KZ-Häftlinge, Holocaust-Überlebende



und antifaschistische Widerstandskämpfer empört und erzürnt. Seit Jahr und Tag warnen sie vor Neofaschismus und braunen Ungeist, stellen sich – ungeachtet ihres hohen Alters – Naziaufmärschen entgegen und forderten immer wieder ein Verbot der NPD. Sie wurden nicht erhört von den Politikern, die zwar in Sonntagsreden Zivilcourage anmahnen, aber offenbar nicht Manns genug sind, wirksam antisemitischer, rassisti-



scher, neonazistischer Ideologie und Gewalt entgegenzuwirken. Nun hat das Auschwitz-



Komitee »in großer Sorge« einen Offenen Brief an den Bundespräsidenten Christian Wulff, die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Bundesminister Kristina Schröder und Hans-Peter Friedrich sowie an den Bundestagspräsident Norbert Lammer gesandt. In dem von

### Antifaschismus



Esther Bejarano, Vorsitzende des Komitees Überlebende von Auschwitz und Ravensbrück, unterzeichneten Schreiben wird den Adressaten

»Mitverantwortung an den deutschen Zuständen heute, an der Ökonomisierung des Denkens, an der Entsolidarisierung der Gesellschaft und, daraus folgend, an der sozialen Spaltung, die Ängste schürt«, zugesprochen. »Rassismus, Antisemi-



tismus und Fremdenfeindlichkeit haben heute wieder Konjunktur in Deutschland«, heißt es hier anklagend. ... Hitlers einstige Opfer äußern sich zudem entrüstet darüber, dass auch sie von den Behörden überwacht würden und ihre Zeitzeugenarbeit vielfach diskreditiert werde.

Quelle: ND





## Zum SPD-Bundesparteitag 2011

### Gabriel macht sich unglaublich

„Mit dem Bundesparteitag schließen wir unsere politische Neuausrichtung ab,“ leitete Sigmar Gabriel seine heutige Rede auf dem Bundesparteitag der SPD ein. Und dann das:

„Die Namen, die für all das stehen, was unser Land gut durch die Krise gebracht hat, sind sozialdemokratische Namen: Gerhard Schröder, Franz Münte-

fering, Frank Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Olaf Scholz und viele andere. Herzlichen Dank an die, die das geschafft haben für unser Land, Genossinnen und Genossen.“

Damit hat Sigmar Gabriel – freilich ganz anders als von ihm beabsichtigt – Klarheit geschaffen: Einen Neuausrichtung des SPD wird es so schnell nicht geben.

Quelle: **Wirtschaft und Gesellschaft**

**passend dazu:**  
**Aussteller beim Bundesparteitag 2011** unter anderem e.on, Vattenfall, RWE, Die Tafeln e.V., Bayer, Pfizer, Philip Morris, Bertelsmann Stiftung, Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen, GDV – Die deutschen Versicherer, Celesio und so weiter und so fort

Quelle: **SPD**



## Die Verarmung wird überhaupt nicht wahrgenommen

Armut und Ernährung in Deutschland. Interview mit Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.

Die wachsende soziale Ungleichheit spiegelt sich auch

in der Ernährungssituation wider. Laut Studien ernähren sich Menschen mit niedrigem Einkommen schlechter als Reiche, was sich auch in einer durchschnittlich niedrigeren Lebenserwartung nie-

derschlägt. Die DA sprach mit Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) über Tafelwirtschaft und Widerstand gegen die Monopole in der Nahrungsmittelindustrie.

Quelle: **Direkte Aktion**



## Eurokrise - Die Löhne müssen rauf

Während Regierung und Opposition auf den Schuldenstand starren wie das Kaninchen auf die Schlange, bleibt die Entwicklung der Löhne ein wesentlicher Krisenfaktor.

Vor diesem Hintergrund müssten zumindest die Gewerkschaften ihre Strategie ändern: Es bringt – möchte man den Euro retten –

überhaupt nichts, die Lohnentwicklung verengt auf die Arbeitskosten und Tariflöhne zu beobachten und zu diskutieren. Um ihre politische Einflussnahme zu stärken, müssen die Gewerkschaften die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung ins Zentrum ihrer Argumentation rücken und Lohnveränderungen an

den aufgezeigten Kriterien messen. Eine stärkere politische Einflussnahme erscheint dabei auch deswegen geboten, weil die miserable Lohnentwicklung selbst nun einmal seit langem durch die Gesetzgebungen seit Verabschiedung der Agenda 2010 politisch bestimmt ist.

Quelle: **Wirtschaft und Gesellschaft**

## XXL-Aufschwung

Mit „XXL-Aufschwung“ und geringen Staatsschulden will die Bundesregierung die europäischen Nachbarn beeindrucken und das deutsche Erfolgsrezept anderen Euroländern zur Nachahmung empfehlen – notfalls aufzwingen. Jedoch: Der DGB-Verteilungsbericht und nun auch die jüngste Studie

der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen immer deutlicher die Tücken des deutschen Wachstumsmodells. „In Deutschland ist die Einkommensungleichheit seit 1990 erheblich stärker gewachsen als in den meisten anderen OECD-Ländern. In

den 80er und 90er Jahren gehörte das Land zu den eher ausgeglichenen Gesellschaften, inzwischen liegt es nur noch im OECD-Mittelfeld.“, so die OECD-Studie. Ungerechtigkeit und Ungleichheit lassen sich nicht mehr leugnen.

Quelle: **DGB Klartext**



## Rudolf Hickel – Löhne rauf!

Die Beschäftigten sind die Verlierer des vergangenen Jahrzehnts. Das hat der DGB in seinem jüngsten Verteilungsbericht festgestellt. In der ZEIT wurde darüber berichtet – aber mit strittigen Schlussfolgerungen (ZEIT Nr. 48/11). Nach der DGB-Analyse ist der gesamtwirtschaftliche Anteil der Löhne und Gehälter, gemes-

sen am Volkseinkommen, 2007 auf den tiefsten Wert seit den siebziger Jahren gesunken. An diesem Trend ändert der jüngste leichte Anstieg nichts. Spiegelbildlich sind die Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen die Gewinner. Bei der Entwicklung der ausschließlich den Unterneh-

men zurechenbaren Gewinne wird die Vorteilsposition gegenüber den Arbeitseinkommen besonders deutlich. Der um die Inflationsrate bereinigte durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von 2.144 Euro im Jahr 2000 ist bis zum vergangenen Jahr um 1,9 Prozent auf 2074 Euro geschrumpft.

Quelle: **ZEIT**



**Unsere tägliche Gehirnwäsche gib uns heute – Trash-TV und die Folgen**

Wir alle wissen, wie gut die Kampagnen der Bild - Zeitung bei der einschlägigen Klientel verfangen. Mittlerweile haben die entsprechenden Strippenzieher zusätzliche Möglichkeiten, diese Manipulationen vernetzt über Kooperationen mit anderen Medien zu verbreiten und zu bündeln. Es ist ein eigener Kosmos, der dafür schlichte Gemüter betrieben wird. Leicht

erkennbar im Umfeld der Prominenten und Regenbogenpresse. Da werden erst in Castingshows talentfreie Gesangsdarsteller zu Superstars hochgejubelt und parallel in den angeschlossenen Printmedien mit Pseudo - Stories begleitet, um wechselseitige Aufmerksamkeit zu generieren. Dieses Verfahren ist äußerst effektiv und lukrativ. Das wäre nun nicht weiter schlimm, wenn diese Medien es bei der Produktion von Kübelböcks und Pietro

Lombardis belassen würden. Leider nutzen auch politische Interessenverbände diese Möglichkeiten. Publik wurde vor Jahren schon der Skandal um die INSM, die in „Marienhof“ neoliberale Inhalte platzieren ließ. Der Skandal war allerdings nicht die neoliberale Botschaft sondern, dass es ein öffentlich - rechtlicher Sender war. Im Privat- TV ist das natürlich juristisch unproblematisch. Gesellschaftlich jedoch fatal. **Quelle: Kehraus**



**Harald Welzer – Demokratie? Bin ich nicht für zuständig**



Die Institutionen versagen, die Politik verabschiedet sich. Unser System verdampft, weil der Markt allein das Geschehen reguliert. Und alle schauen zu. Noch nie in der europäischen Nachkriegsgeschichte gab es einen solchen Totalausfall gesellschaftswissenschaftlicher Zeitdiagnose wie heute: Da werden ohne parlamentarische Legiti-

mation souveräne Staaten in Protektorate ohne finanzpolitisches Mandat verwandelt, da finden unablässig Krisengipfel statt, auf denen an den Parlamenten vorbei tief in die Zukunft reichende Beschlüsse gefasst werden, da erodieren Politik- und Systemvertrauen in atemberaubender Geschwindigkeit, ohne dass an den Universitäten und Akademien, in den Zeitungs- und Radiofeuilletons sich Politik-, Sozial- und Geschichtswissenschaftler mit Analysen dazu vernehmen ließen, was da gerade geschieht. Keine Exzellenzuni

schaft es, ein Symposium zum Beispiel zu der Frage zu veranstalten, was Demokratiegefährdung heute bedeutet, kein akademisches Journal widmet sich der beispiellosen Umverteilung von Volks- in Privatvermögen. Die sonst so gern vorgezeigten Hochkaräter der akademischen Landschaft sind ausgerechnet dann unsichtbar, wenn es tatsächlich mal um mehr geht als um Cluster, Credit Points, Peer Reviews und andere Possierlichkeiten. **Quelle: Tagesspiegel**



**Sahra Wagenknecht: Merkels Geisterfahrt**

Wenn Merkel ihre Geisterfahrt nicht bald beendet, kommt es in Europa zum großen Crash. Wer den Krisenländern brutale Kürzungsprogramme diktiert, führt diese aus der Krise nicht heraus, sondern immer tiefer in sie hinein – diese Lektion sollte eine deutsche Kanzlerin 80 Jahre nach Brüning eigentlich gelernt haben. Doch Amnesie scheint ein

Grundprinzip deutscher Politik zu sein. Wie sonst ist zu erklären, daß über Defizitsünder und Schuldenbremsen schwadroniert wird, während die horrenden Kosten der Bankenrettung, die den drastischen Anstieg der Schuldenquote verursacht haben, mit keinem Wort mehr erwähnt werden? Es ist doch zynisch: Die gleiche Zockerbande, die die Staaten erst in die gan-

ze Verschuldung hineingetrieben hat, diktiert den Staaten jetzt die Bedingungen, zu denen diese neue Kredite erhalten. Das ist, als würde ein Einbrecher mein Haus leerräumen und ich würde ihn anschließend um einen Kredit bitten, damit ich mich neu einrichten kann – wobei ich dem Einbrecher auch noch erlaube, die Zinssätze und Konditionen jederzeit neu festzusetzen. **Quelle: Junge Welt**



V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



**Wir brauchen Spenden !**

**Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !**

## ***Rheinfelder Montagsdemo aktuell***

Das Jahr 2011 ist Vergangenheit! Jetzt gilt es den



Blick nach vorne zu richten und die vielen politischen Aufgaben, die vor uns stehen, in Angriff zu nehmen.

Als 1848 das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht wurde, schrieb er die einleitenden Worte: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Wann wenn nicht jetzt!

Die Wirtschafts- und Finanzkrisen treiben die Menschen in allen

Ländern immer tiefer in die Armut und berauben sie ihrer Existenz. Davon sind alle betroffen in reichen wie in armen Ländern. Keiner kann sagen, das betrifft mich nicht, es betrifft uns alle, oder wir gehören zu den oberen Zehntausend, die



sich ständig und immer gieriger an uns bereichern. Die Öffentlichkeitsarbeit leistet ihren unrühmlichen Beitrag an der Verdummung der Menschen. Es gibt Alternativen, wir müssen sie nur erkennen und uns zur Wehr setzen. Lasst uns gemein-

sam die Welt zu einer besseren gestalten. Stuttgart 21 hat gezeigt, was Protest zu leisten vermag und welche enorme politische Kraft dahinter stecken. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet und ist nicht in der Lage, die gesellschaftlichen Probleme weltweit zu lösen. Die Gier nach immer mehr Profit bestimmt den Alltag und unsere Politiker spielen mit. Wir müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und den Protest organisieren. Die Montagsdemo Rheinfelden bietet den Menschen in der Region die Möglichkeit, ihren Unmut



und Protest jeden Montag um 18:00 Uhr zum Ausdruck zu bringen. Kommt zur Montagsdemo und reiht euch ein. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, was zu verändern. Vom nichts Tun hat es noch nie Veränderungen gegeben. Die gesellschaftlichen Probleme sind sehr vielfältig, gehen wir sie gemeinsam an! Eine bessere und lebenswertere Gesellschaft können nur wir alleine schaffen - Fangen wir jetzt an.

**Allen ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2012**

### ***Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!***

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)

### ***Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht***

*ermordet am 15. Januar 1919*